



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Marco Urban

— Long Covid für die deutsche Wirtschaft verhindern

Nachtragshaushalt wird verabschiedet

Die Corona-Pandemie stellt uns sozial und wirtschaftlich vor große Herausforderungen. Viele notwendige Investitionen sind infolge der Krise liegen geblieben. Jetzt gibt es viel nachzuholen, besonders bei der wirtschaftlichen Transformation und beim Klimaschutz.

Durch zusätzliche öffentliche Investitionen kurbeln wir deshalb die Konjunktur an und beschleunigen die Transformation der Wirtschaft. Am 27. Januar 2022 haben wir im Plenum per namentlicher Abstimmung den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zum 2. Nachtragshaushalt für 2021 verabschiedet: Wir nehmen 60 Milliarden Euro aus bereits eingeplanten und nicht genutzten Krediten in den Energie- und

Klimafonds, den wir zu einem Klima- und Transformationsfonds weiterentwickeln.

Nur so ist es möglich, wettbewerbsfähig zu bleiben und die aktuelle Krise nachhaltig zu verlassen – einer der Schwerpunkte der Haushaltspolitik in dieser Legislaturperiode. Nicht nur kurzfristig sind wirksame Maßnahmen notwendig, sondern auch ein langfristiger Ansatz aus der Krise heraus und für Investitionen in relevante Zukunftsbereiche: Die Modernisierung unseres Staates und der Umbau hin zur CO₂-Neutralität zählen dazu. Dieser Nachtragshaushalt ist ein wichtiger Schritt in Richtung zukunftsfähiges Deutschland und ich bin froh, dass wir mit der Verabschiedung diesen Schritt jetzt gehen.

Moin!

Im Februar wartet eine meiner wichtigsten Pflichten als Bundestagsabgeordneter auf mich: Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen wähle ich am 13. Februar den Bundespräsidenten. Bei der Bundesversammlung stimmen alle 736 Bundestagsabgeordneten sowie ebenfalls 736 Delegierte, die von den Landtagen entsendet werden, ab. Auf Niedersachsen entfallen in diesem Jahr 73 vom Landtag gewählte Delegierte, darunter auch Prominente wie der Moderator Klaas Heufer-Umlauf oder der Pianist Igor Levit.

Ich freue mich, dass Frank-Walter Steinmeier erneut antritt und für eine zweite Amtszeit von SPD, CDU/CSU, den Grünen und der FDP unterstützt wird. Nach seiner ersten Wahl habe ich Frank-Walter Steinmeier als Versöhner und Verständiger bezeichnet. In dieser Rolle hat er in den vergangenen fünf Jahren wichtige Arbeit geleistet. Aber er ist auch jemand, der Konflikte nicht mit schönen Worten bemäntelt, sondern den Finger in die Wunde legt. Gegen rechte Umtriebe und lebensgefährliche „Querdenker“-Mythen hat er klare Worte gefunden. Ich hoffe auf eine weitere Amtszeit für Frank-Walter Steinmeier!

Ever 10's

Orientierungsdebatte zur Impfpflicht

Corona-Pandemie: Diskussion zu drei Gruppenanträgen

Wenn im Bundestag eine Orientierungsdebatte ansteht, dann steht fest, dass es um ein sehr sensibles Thema gehen muss, bei dem eine Entscheidung nur individuell getroffen werden kann. So gab es in der Vergangenheit beispielsweise eine Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe. Im Januar folgte nun eine solche Aussprache zur Möglichkeit einer Impfpflicht gegen das Coronavirus Sars-CoV 2.

Damit hat das Parlament den Startschuss für eine Debatte darüber gegeben, wie die Zahl der per Impfung vor Covid-19 Geschützten erhöht

werden soll. Dabei hat die Bundesregierung die Erarbeitung von Vorschlägen für oder gegen die Impfpflicht bewusst in die Hände des Bundestages gelegt. Deswegen nahmen auch die Bundesminister Lauterbach und Buschmann nicht auf der Regierungsbank Platz, sondern beteiligten sich in ihrer Rolle als Abgeordnete an der Debatte. Jeder und jede Abgeordnete soll für sich eine Haltung zu einer Impfpflicht entwickeln und über Fraktionsgrenzen hinweg an Gesetzesentwürfen mitarbeiten, um einen Kompromiss zu finden, der auf eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung kommt.

Vor der Debatte hatten sich drei Gruppen von Abgeordneten zusammengeschlossen und Vorschläge für einen Umgang mit der Impfpflicht erarbeitet. Ein Entwurf sieht eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren vor, ein zweiter eine Impfpflicht ab 50 Jahren und ab 18 Jahren ein verpflichtendes Aufklärungsgespräch über die Impfpflicht. Die dritte Gruppe setzt komplett auf Aufklärung und lehnt eine Impfpflicht ab. In den nächsten beiden Monaten werden jetzt noch Vorschläge debattiert und Sachverständige angehört, im April kann abgestimmt werden, ab Juli könnte dann eine Impfpflicht gelten.



Deutscher Bundestag / Thomas Köhler / photothek.net

HINTER DEN KULISSEN So kontrollieren wir die Bundesschulden

Bundesfinanzierungsgremium nimmt Arbeit auf

Im Januar hat der Bundestag über die Besetzung des „Gremiums gemäß Paragraph 3 des Bundesschuldwesengesetzes“, das Bundesfinanzierungsgremium, entschieden. Dieses Gremium wird vom Bundesfinanzministerium über Fragen zur Bundesschuld unterrichtet. Die Mitglieder des Ausschusses werden also darüber informiert, welche Schulden der Bund zu welchem Zweck macht und welche Konditionen mit der Schuld verbunden sind. Weiterhin werden sie seit 2010 über die Beteiligungen des Bundes an privaten Unterneh-

men unterrichtet. Sie kontrollieren außerdem die Aufgaben des Bundes nach §10 des Stabilisierungsfondsgesetzes.

Das Gremium wird regelmäßig durch die Regierung informiert. Es kann durch einen Mehrheitsbeschluss eine Unterrichtung des gesamten Haushaltsausschusses zu einer Thematik erwirken. Es handelt sich also um ein wichtiges Gremium für die Kontrolle der Regierung durch das Parlament, das dem Bundestag und dem Haushaltsausschuss dabei hilft, seine

Königsaufgabe des Haushaltsrechts auszuüben.

Es tagt geheim und auch seine Mitglieder sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Alle Wahlvorschläge bis auf den der AfD wurden gewählt. Für die SPD werden **Wibke Esdar** (Bielefeld-Gütersloh II), **Frank Junge** (Ludwigslust-Parchim II, Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I), **Dr. Thorsten Rudolph** (Koblenz) und **Andreas Schwarz** (Bamberg) dem Gremium angehören. Alle sind Mitglieder des Haushaltsausschusses.



#WeRemember: Gedenken im Bundestag

77 Jahre Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz

Vor 77 Jahren, am 27. Januar 1945, befreiten sowjetische Truppen die Menschen aus dem deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz im damals deutsch besetzten Polen. Dieser Tag der Befreiung ist in Deutschland seit 1996 der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, seit 2005 ist der 27. Januar auch international als Holocaust-Gedenktag bekannt. Er erinnert an die Verbrechen der NS-Herrschaft, die Verfolgung, Ächtung und Ermordung von Millionen Menschen durch die Nazis und mahnt, diesen grausamen Antisemitismus und Hass niemals wieder zuzulassen.

Im Deutschen Bundestag fand anlässlich des Gedenktages am 27. Januar 2022 eine Sonderveranstaltung statt, bei der unter anderem die Holocaust-Überlebende Dr. h. c. Inge Auerbacher die schrecklichen Erinnerungen an ihre Kindheit im nationalsozialistischen Deutschland schilderte. Neben ihr betonte auch Mickey Levy, der Präsidenten des israelischen Parlaments, der Knesset, in seiner Rede, dass sich die Ereignisse der NS-Zeit nie wiederholen dürfen – „Nie wieder!“

Für mich ist klar: Wir müssen jeden Tag aufs Neue für eine Gesellschaft

ohne Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und Hetze einstehen. Denn es liegt in unserer Verantwortung, dass dieses menschenfeindliche Gedankengut nie wieder gesellschaftsfähig wird. Deshalb ist es wichtig, wachsam zu sein, den Erzählungen der ZeitzeugInnen zuzuhören und sich jeden Tag für eine offene Gesellschaft einzusetzen – nicht nur am Holocaust-Gedenktag. Das bedeutet auch, dass wir rechte Strukturen in Deutschland ganz klar bekämpfen. Denn die Morde des NSU und die Anschläge von Halle und Hanau zeigen, dass rechter Hass damals wie heute Menschenleben bedroht.



BUNDESWEHR

Beschaffungswesen wird reformiert

Bundesverteidigungsministerin stellt Eckpunkte vor

Am 14. Januar hat unsere neue Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht im Bundestag darüber gesprochen, was sie auf den Weg bringen will. Ein wichtiger Punkt dabei: das Beschaffungswesen.

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz ist auf dem Papier eine stark aufgestellte Behörde mit Tausenden Mitarbeitenden. Doch auch die Zahl der unbesetzten Stellen ist groß. Angesichts des Personalmangels gelingt

es nicht, eine reibungslose Beschaffung und eine lückenlose Ausstattung sicherzustellen. Die Fakten über fehlendes Material kennen wir alle.

Statt dies aber ernsthaft in Angriff zu nehmen, dachte das damals CDU-geführte Bundesverteidigungsministerium unter Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer lieber öffentlich über Privatisierungen nach. Und schuf zugleich ein Netz aus Verstrickungen mit externen Beratungsfirmen, das als „Berateraffäre“ in die Geschichte einging. Ich durfte die

SPD damals im zuständigen Untersuchungsausschuss vertreten und habe darüber gestaunt, wie man sich über das Vergaberecht hinweggesetzt hat.

Christine Lambrecht hat klargestellt: Es geht auch um Geld – aber nicht nur. Auch die Strukturen müssen besser werden. Sie hat zudem die Themen digitale Effizienz, das Vergaberecht und Möglichkeiten zu einer flexibleren Haushaltsführung angesprochen. Ich freue mich darauf, dass dieser wichtige Themenkomplex jetzt in Angriff genommen wird.





Björn Meyer kämpft ums Direktmandat

SPD wählt Kandidaten für Landtagswahl

Am 28. Januar hat sich die SPD entschieden: Bei der Delegiertenversammlung in Westerstede haben wir Björn Meyer zu unserem Kandidaten für den Landtagswahlkreis Ammerland gemacht. Am 09. Oktober entscheidet sich, ob die SPD mit ihm das Direktmandat im Ammerland zurückerobert.

Der 40-jährige Björn Meyer ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Aper Gemeinderat, Mitglied des Kreistages und stellvertretender Landrat im Ammerland. Als erfahrener Kommunalpolitiker kennt er die Themen, die bei uns wichtig sind, in- und aus-

wendig: Herausforderungen wie den Klimawandel, die Veränderungen in der Arbeitswelt, die Mobilität oder die Kinder- und Schulpolitik.

Bei Landtagswahlen bildet das Ammerland einen Wahlkreis – allerdings ohne die Gemeinde Rastede, die zum Landtagswahlkreis Wesermarsch gehört. Grund für diesen Zuschnitt ist, dass alle Wahlkreise eine ähnliche Bevölkerungszahl aufweisen müssen.

Ich wünsche Björn einen erfolgreichen Wahlkampf und freue mich auf den gemeinsamen Einsatz für unser Ammerland!

Rastede demonstriert für Respekt, Demokratie und Fakten

500 Menschen gegen „Spaziergänge“

Seit Monaten veranstalten einige, die die Corona-Maßnahmen ablehnen, als „Spaziergänge“ verniedlichte unangemeldete Demonstrationen, bei denen es immer wieder zu Hetze und sogar zu Gewalt kommt. Dabei sind sogenannte „Querdenker“ eine kleine Minderheit im Vergleich zu den vielen Vernünftigen, die mit ihrem solidarischen Verhalten gegen das Coronavirus kämpfen.

Auch Rastede ist von „Spaziergängen“ nicht verschont geblieben. Des-

halb haben die demokratischen Parteien und die Kirchengemeinden dort nun eine Demonstration für Respekt, Demokratie und Fakten veranstaltet. Auch ich habe daran gemeinsam mit der örtlichen SPD teilgenommen. Natürlich mit FFP2-Maske und Schals zum Abstandhalten.

Starke 500 Menschen haben mitgemacht. Wenig überraschend übertraf die Zahl der Demonstrierenden dabei die der „Spaziergänger“ um ein Vielfaches.



Wir befinden uns in einem Stadium der Corona-Pandemie, der zu Täuschungen führen kann: Die Infektionszahlen sind so hoch wie nie zuvor, aber in der Omikron-Welle resultiert dies in weniger Todesfällen als im Winter 2020/2021. Doch Sorglosigkeit ist fehl am Platz. Denn auch „leichte“ Verläufe sind gefährlich.

Deshalb biete ich Bürgersprechstunden selbstverständlich weiterhin an – aber telefonisch oder per Videoschalt. In den Räumen der SPD-Geschäftsstelle in der Oldenburger Huntestraße gilt weiterhin 2G plus, Zutritt erhält also nur, wer geimpft oder genesen ist und zudem entweder eine Boosterimpfung oder einen aktuellen negativen Test vorweisen kann. Meldet euch mit euren Anliegen gerne telefonisch, per Mail oder per Post bei meinem Team. Ich stehe euch dann gerne zur Verfügung. Bis dahin: Macht's gut und bleibt gesund!

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde